

Nur zum Schein gut

Der Kampf gegen das Hamburger Kita-Gutscheinsystem

Von der (radikalen) Linken oft unbeachtet existieren lokale soziale Bewegungen mit z.T. erheblicher politischer Durchschlagskraft. Der Kampf der Hamburger Kita-Beschäftigten und Eltern gegen die Sparmaßnahmen und Ausgrenzungsmechanismen bei den Kindertagesstätten ist dafür ein Beispiel. Der folgende Beitrag zeichnet einen Kampf nach, der immerhin maßgeblich zum Sturz des Schwarz-Schill-Senats Ende 2003 beigetragen hat.

Seit August 2003 existiert in Hamburger Kindertagesstätten ein Gutscheinsystem: Jedes Kind erhält einen Gutschein, mit dem die Einrichtungen einen Teil der Gebäudekosten, der Personalkosten und eine Sachkostenpauschale refinanzieren können. Wie viele Kinder eine Kita aufnehmen darf, errechnet sich aus der Größe der zur Verfügung stehenden pädagogischen Fläche. Wird die vorgegebene Kinderzahl nicht erreicht, produziert die Einrichtung Defizite. Die Gutscheine werden an die Eltern ausgegeben, die sich eine Einrichtung ihrer Wahl aussuchen können. Gleichzeitig wurden die Kitas als Bildungseinrichtungen gemäß § 22 des Kinderjugendhilfegesetz (KJHG) definiert. Unter anderem wird von Seiten der Behörde gefordert, die Kinder besser auf den Schulalltag vorzubereiten. Dies betrifft insbesondere die Sprachförderung von MigrantInnenkindern und die Vorschulerziehung in den Kitas.

selbstorganisiertes Beschäftigten- bündnis

Die Vorbehalte von Eltern, Verbände und Beschäftigten gegenüber diesem Modell waren und sind erheblich: Die gleichzeitig herausgegebenen Bewilligungskriterien schließen Kinder von arbeitslosen Familien bis auf einen vierstündigen Rechtsanspruch für Drei- bis Sechsjährige ganz vom Kindergartenbesuch aus. Familien, bei denen ein Elternteil nicht erwerbstätig ist, werden ebenfalls bis auf diesen Restanspruch runtergekürzt. Auch hier sind vor allem MigrantInnenkinder betroffen.

Unmittelbar nach ihrer Einführung führten Gutscheinsystem und Bewilligungskriterien zu einem völligen Chaos. Innerhalb kürzester Zeit waren die Budgets ausgeschöpft, Computer stürzten ab. Der Senat reagierte mit einem Gutscheinstopp. Bis auf den Rechtsanspruch von vier Stunden für drei- bis sechsjährige Kinder wurden keine Gutscheine mehr ausgegeben. Etliche Einrichtungen erreichten nun nicht mehr die notwendige Kinderzahl und erwirtschafteten Defizite. Einige Einrichtungen - insbesondere Krippeneinrichtungen - standen vor dem Aus.

In dieser Situation wurde im Herbst 2003 eine Initiative für ein Volksbegehren gestartet. Binnen zwei Wochen wurden 170.000 Unterschriften für folgende Forderungen gesammelt: a) Erhöhung des Rechtsanspruchs von vier auf fünf Stunden; b) Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder, deren Eltern berufstätig sind; c) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Eltern; d) Finanzierung durch den Senat. Nach der Bürgerschaftswahl Ende Februar 2004 akzeptierte der neue CDU-Senat diese Kernforderungen. Die oppositionelle SPD

ihrerseits stimmte zu, dass die Finanzierungsfragen dem Senat überlassen bleiben. Die betroffenen Einrichtungen und Initiativen wurden nur kurz über diesen "Kompromiss" informiert.

Im April 2004 verkündet der Senat, dass die Mehrkosten für den Kompromiss von den Beschäftigten erbracht werden sollen. Von rund 70 Millionen Euro ist zu diesem Zeitpunkt die Rede. Es sollen größere Kindergruppen entstehen, und die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen soll verschlechtert werden. Außerdem sollen die Arbeitszeiten massiv verlängert werden. Im März 2004 hatten die Länder die Arbeitszeitregelung für den Öffentlichen Dienst gekündigt. Statt bisher 38,5 Stunden soll in Zukunft im Westen 42 Stunden gearbeitet werden. Urlaubs- und Weihnachtsgeld sollen gekürzt bzw. gestrichen werden.

Vor diesem Hintergrund hatten einige Beschäftigte einen Aufruf an die KollegInnen verfasst. Sie schlugen eine betriebsübergreifende Organisierung vor sowie Arbeitskampfmaßnahmen bis hin zum Streik. Rund 180 Beschäftigte aller Kita-Träger trafen sich am 9.6.2004 im Gewerkschaftshaus. Außerdem wurden auch die organisierten Vertreterinnen der Eltern, die Fachhochschule und die Fachschulen für Sozialpädagogik eingeladen. Bis heute tagt das Beschäftigtenbündnis als Selbstorganisationsstruktur 14-tägig. Obwohl von GEW und ver.di unterstützt, definiert sich das Bündnis als unabhängig - nicht zuletzt deswegen, weil viele unorganisierte Kolleginnen aktiv sind. Von Beginn an wurde auf die Einbeziehung aller Kolleginnen hingearbeitet. Begrenzte Regelverletzungen wurden nicht ausgeschlossen, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Auch Arbeitsniederlegungen und Streiks wurden und werden diskutiert.

Im Juni 2004 war inzwischen von Kürzungen im Umfang von 85 Millionen Euro die Rede. Die Beschäftigten rechneten Massenentlassungen von bis zu 3.000 Kolleginnen. Im Hauswirtschaftsbereich der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, dem größten Kita-Träger mit fast 5.000 Beschäftigten, wurden wahlweise die gesamte Auslagerung dieses Bereichs, Fremdverpflegung oder massive Lohnkürzungen diskutiert.

Das Kita-Bündnis reagierte mit einer Vielzahl von Aktionen. Am 22.6.2004 sprengen Kita-Beschäftigte, Eltern und Kinder faktisch die Sitzung des Jugendausschusses der Bürgerschaft - und das obwohl der Sitzungsort kurzfristig vom Rathaus in die Handelskammer verlegt wird. Es kommt zu Personalfeststellungen durch die Polizei. Bei der Neuansetzung am 26.8. erscheinen rund 800 Beschäftigte, Eltern und ihre Kinder im Rathaus. Auch hier kommt es immer wieder zu Unterbrechungen der Sitzung.

Für erhebliche Unruhe sorgte auch die Ankündigung des Senats, die Kürzungen einseitig, ohne Verhandlung mit den Verbänden, auf dem Verordnungswege zu oktroyieren. Während der Senat nur 321 Mio. Euro für 55.000 Kinder ausgeben wollte (das entspricht einer Kürzung von 25%), hatten die Verbände nämlich erklärt, es sei aus fachlichen Gründen unverantwortlich, unter 365 Mio. Euro abzuschließen.

Am 2. September demonstrieren rund 8.000 Menschen unter dem Aufruf des Beschäftigtenbündnisses. An diesem Tag kommt es zu Betriebsversammlungen bei verschiedenen Trägern, in einigen Bereichen wird sogar teilweise die Arbeit niedergelegt. Im Anschluss an eine Betriebsversammlung der Vereinigung der Hamburger Kindertagesstätten mit fast 3.000 Kolleginnen am 15.9. demonstrieren rund 1.700 KollegInnen spontan zum Rathaus. Die Polizei greift trotz Aufforderung nicht ein. Der Personalrat der Polizei hatte sich vorher mit den Beschäftigten und ihren Forderungen solidarisch erklärt.

Am 22.10. findet im Hamburger Rathaus ein "Expertenhearing" statt. Dem Bündnis gelingt es, bei dieser Gelegenheit die Situation der Beschäftigten in die öffentliche Debatte einzubringen: Löhne am unteren Rand der Lohnskala. Arbeitsverdichtung. Mit der geplanten Kürzung drohen Gruppengrößen von bis zu 30 Kindern auf zwei ErzieherInnen im Elementarbereich, im Hortbereich sogar über 30 Kinder auf eine Erzieherin. Schließung von kleinen Einrichtungen ist nicht auszuschließen.

Aber auch die Debatte um den Begriff der frühkindlichen Bildung wird von den VertreterInnen des Bündnisses aufgegriffen. Kindertagesstätten werden als wichtige, ja unverzichtbare Erfahrungsräume für Kinder definiert, als Orte der Kinderbildung und Kultur, Orte des sozialen Lernens, des Erwerbs sozialer Kompetenzen. Die Beschäftigten protestieren damit gegen das Image von Betreuungseinrichtungen, die eigentlich die Reproduktionsarbeit leisten, die in der Familie umsonst zu leisten ist. Gleichzeitig richtet sich der Protest gegen die Zuschreibung der Rolle als bloße Aufbewahrung von Kindern, deren Eltern arbeiten müssen.

Auch die immanente Auseinandersetzung mit den Argumenten des Senats wird gesucht. Das Bündnis kritisiert vor allem das Benchmarking, den Städtevergleich, der von Seiten der Behörde immer wieder bemüht wird. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass Hamburg in Bezug auf die Kostenstruktur bei den Horteinrichtungen eher am unteren Rand liegt, im Elementar- und Krippenbereich im Mittelfeld.

Am 26.10.2004 organisiert das Beschäftigtenbündnis erneut eine Großdemonstration mit 10.000 TeilnehmerInnen und mit teilweisen Arbeitsniederlegungen. Als neuer inhaltlicher Akzent kommt nun die Debatte um die 1-Euro-Pflichtarbeiten hinzu. Die KollegInnen befürchten den Ersatz von regulärer Beschäftigung und die weitere Entwertung ihrer Arbeit durch 1 Euro-Arbeitsgelegenheiten.

Langer Atem und Mühen der Ebene

Doch nur einen Tag später werden die Kürzungen unter Protest im Zuhörerraum in der Bürgerschaft verabschiedet: Es regnet Wattebäusche und Flugblätter. Die Sitzung wird kurzzeitig unterbrochen. Bei elf Frauen werden die Personalien festgestellt. (1) Die Vereinigung der Hamburger Kindertagesstätten tritt aus dem Arbeitgeberverband aus. Im Dezember einigen sich Senat und Wohlfahrtsverbände auf einen Kita-Etat von 341 Mio. Euro für 53.500 Kinder. Ursprünglich hatte der Senat mit zunächst 289 Mio. Euro und dann mit 315 Mio. Euro für 55.000 Kinder geplant. Demgegenüber waren die Proteste sicher erfolgreich. Doch gemessen an den alten Standards waren das immer noch rund 50 Mio. zu wenig. Gleichzeitig wurde damit der Einstieg in die Pauschalierung der Gebäude- und Personalkosten verfügt. Für die zukünftige Beschäftigtenstruktur hat das erhebliche Konsequenzen: Entlassung erfahrener, teurer Fachkräfte zu Gunsten billiger Neueinstellungen.

Die Kürzungen verändern die Lage. Die bisherigen Aktionen haben sie nicht verhindern können. Eine Ausweitung auf andere Bereiche des Öffentlichen Dienstes hat nicht stattgefunden. Andere Teile von Beschäftigten im Bildungsbereich sind passiv geblieben. Das Beschäftigtenbündnis hält in dieser Situation an dem Ziel, Arbeitskämpfmaßnahmen einzuleiten, fest. Zur Mobilisierung und um ein realistisches Bild von der Kampfbereitschaft der Kolleginnen zu bekommen, soll dazu eine Befragung der Mitarbeiterinnen durchgeführt werden. Nach einem Treffen mit VertreterInnen von ver.di und der GEW stellt sich heraus, dass das Bündnis die Befragung alleine durchführen muss.

Sie beginnt im Januar 2005 und wird von kleinen Aktionen begleitet. Die Verteilung der Fragebögen gestaltet sich schwierig, weil sich nur wenige Aktive beteiligen. Während einige AktivistInnen meinen, mit der Abgabe der Fragebögen wäre die Arbeit erledigt, sind andere von der Wirkung der Kürzungen gelähmt. Die KollegInnen müssen jetzt mehr alleine arbeiten und haben mit rund 12% mehr Kindern zu tun. Es gibt weniger Vorbereitungszeit, und es werden Änderungskündigungen ausgesprochen. In einigen Einrichtungen ist das Weihnachtsgeld abgeschafft worden, andere haben das pädagogische Angebot verschlechtert. Insgesamt bedeuten die Kürzungen einen Abbau von rund 1.500 Stellen.

Um dem etwas entgegen zu setzen, veröffentlicht das Bündnis Informationen über die Situation in den Betrieben. Schon beim ersten Bericht reagiert die Behörde heftig und denunziert die Aktion als Veröffentlichung von Dienstgeheimnissen. Eine Kollegin erhält eine Abmahnung, andere erhalten Ermahnungen. In Zusammenarbeit mit der SPD organisiert das Beschäftigtenbündnis darauf hin eine zweite Befragung. Ziel ist es, die Anonymität der einzelnen Einrichtung zu wahren und dennoch verlässliche Daten zu bekommen, die die Behörde nicht liefert. Außerdem sollen die einzelnen Mitarbeiterinnen vor weiteren Abmahnungen geschützt werden.

Bei den jüngsten Warnstreiks des Öffentlichen Dienstes in Hamburg waren die Beschäftigten der Kitas überdurchschnittlich vertreten. Gleichzeitig beteiligt sich das Beschäftigtenbündnis an der Wiederbelebung des Hamburger Bildungsbündnisses unter Beteiligung der Schulen, der Hochschulen, den Kitas und dem Fortbildungsbereich. "Gebührenfreie Bildung für alle" lautet das Motto der großen Protestdemonstration, die für den 16. Juni vorbereitet wird. Der Kita-Kampf geht in eine neue Runde.

Bernd Arnold

Anmerkung:

1) Im Augenblick laufen die Prozesse gegen die Kolleginnen.

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen
Zustimmung von a.k.i.

Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich [AutorInnen und ak-Redaktion](#)

analyse+kritik

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de